

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	III
Inhaltsverzeichnis	V
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXIII

I. Teil: Grundbegriffe

1. Kap: Verwaltung	1
I. Der Begriff Verwaltung	1
A. Das Anliegen der Untersuchung	1
B. Der gegenständlich-positive Versuch einer Begriffsbestimmung	3
C. Der gegenständlich-negative Versuch	3
D. Der formell-organisatorische Versuch	5
1. Die Lehre von den Staatsgewalten	5
2. Das Ergebnis für den Verwaltungsbegriff	6
3. Abgrenzung von den gesetzgebenden Organen	6
4. Abgrenzung von den richterlichen Organen	7
E. Bewährung am geltenden Recht. Die Dreiteilung der Staatsgewalten im österreichischen Bundesverfassungsrecht	8
1. Allgemeines	8
2. Die „Regierung“ als vierte Staatsfunktion?	9
3. Weisungsfreie Verwaltungsbehörden. Weisungsgebundene Hilfsorgane in Gesetzgebung und Gerichtsbarkeit	13
4. Selbstverwaltung; juristische Personen öffentlichen Rechts; Beliehene	16
5. Zusammenfassung	18
2. Kap: Hoheitsverwaltung – Privatwirtschaftsverwaltung	19
I. Die Unterscheidung; Allgemeines	20
II. Die „schlichte“ Hoheitsverwaltung	23
III. Materielle Unterscheidungsversuche zwischen Hoheitsverwaltung und Privatwirtschaftsverwaltung	24
IV. Die Rechtsprechung von VfGH und VwGH	27
V. Der rechtsdogmatische Befund	28
VI. Die rechtlichen Folgen der Unterscheidung	31
VII. Organisationsvorschriften für die Privatwirtschaftsverwaltung	33
VIII. Die Problematik der Privatwirtschaftsverwaltung	35
IX. Exkurs: Der Gegenstand der Privatwirtschaftsverwaltung	37
A. Allgemeines	37
B. Die Führung staatlicher Unternehmungen	38
C. Das öffentliche Förderungswesen	42
D. Die Vergabe öffentlicher Aufträge	43
3. Kap: Die Verwaltung und die anderen Staatsfunktionen	46
I. Die Trennung der Gewalten im geltenden Recht	47
A. Allgemeines	47
B. Die Trennung der Justiz von der Verwaltung	48
C. Die Zuständigkeit der Gerichte und der Verwaltungsbehörden	51
D. Gericht oder Verwaltungsbehörde?	54
II. Gegenständliche Überschneidungen	56
A. Bei den gesetzgebenden Organen	57

1. Das Gesetz im nur formellen Sinne	57
2. Mitwirkung des Parlaments an der Vollziehung	58
B. Bei den Gerichten	61
1. Die Justizverwaltung	61
2. Die Außerstreitsachen	62
3. Die Kontrolle der Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts	62
C. Bei den Verwaltungsorganen	63
1. Überschneidungen gegenüber der Rechtsetzung	63
2. Gegenüber der Rechtsprechung	65
III. Der Stufenbau der Rechtsordnung	65
A. Allgemeines	65
B. Der Stufenbau nach der rechtlichen Bedingtheit	66
C. Der Stufenbau nach der derogatorischen Kraft	67
IV. Verwaltung und Justiz im besonderen	70
A. Allgemeines	70
B. Die gegenseitige Unabhängigkeit	71
C. Die Akte der anderen Gewalt sind unaufhebbar	72
D. Bindung an die Akte der anderen Gewalt	72
1. Allgemeines	72
2. Die Vorfrage	74
3. Zuständigkeitsstreite zwischen Gerichten und Verwaltungs- behörden	77
E. Bindungsproblem und Bindungskonflikt	79
4. Kap: Das Verwaltungsrecht	83
I. Begriff und Gliederung	83
A. Der Begriff	84
B. Die Anwendung von bürgerlichem Recht im Bereich der Verwaltung	88
C. Gliederung des Verwaltungsrechts. Grenzgebiete	90
D. Die Auslegung des Verwaltungsrechts	91
1. Allgemeines	91
2. Verwaltung und Gesetz	92
3. Vom Vorrang des Gesetzeswortlauts	92
4. Die Analogie	94
5. Die klassischen Auslegungsmethoden	95
II. Öffentliches Recht – Privatrecht	98
A. Allgemeines	98
B. Die Unterscheidung im positiven Recht	99
C. Die Merkmale der Unterscheidung	102
1. Die Antwort der Theorie	102
2. Die Judikatur des VfGH	105
3. Versuch einer Lösung	107
5. Kap: Staatstypen und Verwaltung	109
I. Ordnungsstaat – Leistungs-(Gesellschaftsgestaltungs-)Staat	109
II. Justizstaat – Verwaltungsstaat	114
III. Polizeistaat – Rechtsstaat	114
IV. Wesen und Geschichte dieser Typen	117
6. Kap: Die Verwaltungswissenschaften	119
I. Allgemeines	119
II. Die Verwaltungsrechtswissenschaft	120
A. Gegenstand und Methode	120
B. Die dogmatischen Denkweisen	121
C. Die Begriffe des abstrakt-dogmatischen Denkens	123
D. Die Gliederung der Verwaltungsrechtswissenschaft	124
III. Die Verwaltungslehre	125

IV. Die Verwaltungspolitik	127
V. Exkurs: Der Wissenschaftsbegriff	128
VI. Die Entwicklung der Verwaltungsrechtswissenschaft in Österreich	129
VII. Grundlagen und Hilfsmittel der Verwaltungsrechtswissenschaft ...	132
A. Amtliche Normtexte	132
B. Entscheidungssammlungen	132
C. Schrifttum	133

II. Teil: Die Rechtsordnung der Verwaltung

7. Kap: Die Rechtsquellen	135
I. Allgemeines	135
A. Entstehungsquellen – Erkenntnisquellen des Rechts. Die Kundmachung	135
B. Generelle und individuelle Rechtsquellen	137
C. Zeitgebundenheit des Systems der Rechtsquellen	138
II. Die einzelnen Arten von Rechtsquellen	138
A. Das Verfassungsrecht	138
B. Das Gesetz	140
C. Die Verordnung	141
1. Der Begriff	145
2. Verfassungsrechtliche Grundlagen; Funktion und Bezeichnung der Verordnung	149
a) Die allgemeine Verordnungsermächtigung	150
b) Die besonderen verfassungsrechtlichen Verordnungsermächtigungen	152
3. Rechtsverordnungen – „Verwaltungsverordnungen“	154
4. Die Durchführungsverordnung und ihre gesetzliche Grundlage	157
5. Exkurs: „Finale“ und „konditionale“ Normen	160
6. Die „Satzung“	163
D. Die allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechts	164
E. Supranationales Recht (Beschlüsse von Staatengemeinschaftsorganen)	166
F. Staatsverträge	167
1. Die Transformation von Völkerrecht in staatliches Recht ...	169
2. Die Zuständigkeit zum Abschluß von Staatsverträgen	170
3. Abschlußverfahren und Rang der Staatsverträge	171
4. Der Erfüllungsvorbehalt	172
G. Gliedstaatsverträge (Art 15 a-Vereinbarungen)	174
H. Das Gewohnheitsrecht	178
1. Allgemeines	179
2. Der Verwaltungsbrauch	182
III. Der Rang der Rechtsquellen; ihr Verhältnis zueinander	183
A. Allgemeines	183
B. Das Verhältnis Bundesrecht – Landesrecht	185
C. Das vertikale Rangverhältnis in der österreichischen Rechtsordnung	185
D. Die Derogation	188
E. Derogation oder „Invalidation“?	191
IV. Die Geltung einer Norm	193
A. Allgemeines	193
B. Der sachliche Geltungsbereich	195
C. Der persönliche Geltungsbereich	195
D. Der zeitliche Geltungsbereich	196
1. Allgemeines	196
2. Die „Entstehung“	197

3. Das „Inkrafttreten“	197
4. Das „Außerkräfttreten“	198
5. Die Regelung im positiven Recht	198
6. Die Rückwirkung	200
7. Rechtsänderung im Verwaltungsverfahren	200
E. Der räumliche Geltungsbereich	202
V. Die Überprüfung der Rechtsquellen (Die Normenkontrolle)	203
VI. Die Wiederverlautbarung von Rechtsquellen	206
8. Kap: Die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung	207
I. Allgemeines	210
II. Wert und Funktion des Gesetzes	212
III. Das Ausmaß der Verwirklichung	214
IV. Die ausreichende inhaltliche Bestimmtheit der Gesetze	215
A. Allgemeines	215
B. Die Rechtsprechung	215
C. Die Lehre	218
V. Die Besonderen Gewaltverhältnisse	219
A. Allgemeines	220
B. Gibt es das Besondere Gewaltverhältnis überhaupt?	221
C. Fortschreitende Verrechtlichung von Besonderen Gewaltverhältnissen	222
D. Besondere Gewaltverhältnisse und subjektive Rechte	225
VI. Privatwirtschaftsverwaltung und Legalitätsprinzip	225
A. Allgemeines	226
B. Art 17 B-VG als Kompetenzgrundlage? Die „Selbstbindungsgesetze“	227
C. Art 18 B-VG gilt nur für die Hoheitsverwaltung	229
D. Staatspraxis und rechtspolitische Überlegungen	230
VII. Die Sicherung der Gesetzmäßigkeit	231
VIII. Die Gesetzmäßigkeit in der Praxis der Verwaltung	232
9. Kap: Ermessen und Gebundenheit	233
I. Allgemeines	235
A. Die Begriffe	235
B. Das Verwaltungsermessen als Folge unvollständiger gesetzlicher Regelungen; sein sprachliches Erscheinungsbild	237
C. Die unbestimmten Rechtsbegriffe	238
D. Ermessen und unbestimmte Rechtsbegriffe in der Judikatur	240
E. Der Grad und die Art der Ermessensdeterminierung im Gesetz	242
F. Ermessen und unbestimmte Rechtsbegriffe in der Literatur	244
1. Der „Wille des Gesetzgebers“ als Unterscheidungskriterium	244
2. „Kognitiv“ und „volitiv“ als Unterscheidungskriterium	245
3. Das Ausmaß der geforderten inhaltlichen Vorausbestimmung als Unterscheidungskriterium	245
4. „Tatbestandsseite“ und „Rechtsfolgesseite“ als Unterscheidungskriterium	245
5. Überprüfbarkeit durch den VwGH als Unterscheidungskriterium	246
6. Die Verneinung eines Wesensunterschiedes zwischen Ermessen und unbestimmten Rechtsbegriffen	247
7. Zusammenfassung	248
G. Versuch einer neuen Abgrenzung	248
II. Das Verfahren in Ermessenssachen	251
III. Ermessen und Gebundenheit im einzelnen Verwaltungsakt	252
A. Die „Tatfrage“	252
B. Die „Rechtsfrage“	253
C. Die „Ermessensfrage“	253

IV. Ermessensfehler	255
V. Die Überprüfung von Ermessensakten	256
A. Im Verwaltungsrechtsweg	256
B. Durch den VwGH	257
C. Durch den VfGH	258
10. Kap: Die Rechtsverhältnisse in der Verwaltung	259
I. Rechtsverhältnisse	260
A. Begriff und Inhalt	260
B. Die Grundlage von Rechten und Pflichten	261
C. Die Arten von Verwaltungsrechtsverhältnissen	261
1. Die Entstehung	261
2. Der Gegenstand	262
3. Subjekte	262
II. Pflichten im Bereich der Verwaltung	263
A. Der Begriff	263
B. Arten	263
1. Nach dem Inhalt	263
2. Nach dem Wesen	264
3. Nach der Grundlage	264
4. Nach dem Personenkreis	265
III. Rechte im Bereich der Verwaltung	265
A. Der Begriff	265
B. Arten	266
1. Nach dem Inhalt	266
2. Nach dem Wesen	268
3. Nach der Grundlage	270
4. Nach dem Personenkreis	270
IV. Die verfahrensrechtliche Stellung der Träger von Rechten und Pflichten	271
A. Allgemeines	271
B. Der Parteibegriff des § 8 AVG	271
C. Verhältnis des § 8 AVG zu speziellen Verwaltungsvorschriften	274
D. Parteistellung und Privatrechtsansprüche	275
E. „Rechtliche Interessen“ – „wirtschaftliche (faktische) Interessen“	275
F. Parteistellung und Behandlung im Verwaltungsverfahren	276
G. Wer ist also Partei?	276
H. Der Umfang der Parteirechte	277
I. Parteistellung bei Fehlen einer ausdrücklichen Regelung	279
V. Die Bedeutung der subjektiven öffentlichen Rechte	280

III. Teil: Personen und Behörden

11. Kap: Das Personenrecht der Verwaltung	282
I. Übersicht über das Personenrecht	282
II. Die natürliche Person	283
A. Rechts- und Handlungsfähigkeit	283
B. Stellvertretung	284
III. Die juristische Person	285
A. Grundbegriffe	285
B. Rechts- und Handlungsfähigkeit	286
C. Die besondere verwaltungsstrafrechtliche Verantwortlichkeit von Organwaltern juristischer Personen	288
D. Die juristischen Personen öffentlichen Rechts	289
1. Allgemeines	289
2. Lehre und Rechtsprechung	290

	3. Rechtswissenschaftlicher Begriff und Rechtsbegriff	292
	4. Infragestellung des traditionellen rechtswissenschaftlichen Begriffes	293
	5. Die Präzisierung des traditionellen rechtswissenschaftlichen Begriffes; Zusammenfassung	297
	6. Die Einteilung der juristischen Personen öffentlichen Rechts	298
	a) Körperschaften	298
	b) Anstalten	299
	c) Fonds	301
	7. Die Bedeutung der Einteilung der juristischen Personen öffentlichen Rechts	302
12. Kap: Grundzüge des Verwaltungsaufbaus		303
I. Rechtsträger und Verwaltungsorgane		304
A. Rechtsträger und Organisationsgewalt		304
B. Organisationsgewalt und Legalitätsprinzip		305
C. Dienststellen; Behörden		308
D. Die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden		309
1. Allgemeines		309
2. Fälle des Zuständigkeitsüberganges		310
3. Die Zuständigkeit im Einzelfall		311
4. Zuständigkeitskonkurrenz und Zuständigkeitskonflikt		313
5. Die Unzuständigkeit und ihre Folgen		314
E. Die Weisung		315
1. Allgemeines		317
2. Die Rechtsnatur der Weisung		317
3. Arten der Weisung		318
4. Vorgesetzte und nachgeordnete Organe		319
5. Weisungsrecht und Weisungspflicht		320
6. Der Geltungsbereich des Art 20 Abs 1 B-VG; die Stellung der Selbstverwaltung		321
7. Die unverbindliche Weisung		323
II. Die Organwalter		324
A. Die Berufung der Organwalter		324
B. „Ehrenbeamte“ und Berufsbeamte als Organwalter		326
1. Allgemeines		326
2. Die öffentlichen Bediensteten		328
C. Exkurs: Die Beiräte in der Verwaltung		331
1. Allgemeines. Begriff		331
2. Aufgaben und Zusammensetzung		333
3. Die rechtliche Grundlage von Beiräten		334
4. Die rechtlichen Wirkungen eines Beiratsgutachtens. Folgen der Nichtbefassung eines Beirates		334
5. Weisungsgebundenheit von Beiräten?		336
III. Der Aufbau der Verwaltung		337
A. Organarten und Organisationsprinzipien. Allgemeines		338
B. Monokratisches – kollegiales System		338
C. Zentralisation – Dezentralisation		341
D. Konzentration – Dekonzentration		341
E. Real- und Territorialsystem		342
F. Die Beziehungen zwischen den Verwaltungsorganen		343
1. Die Aufsichtsführung		344
2. Koordination zwischen Rechtsträgern (und Verwaltungsorganen)		345
a) Information		345
b) Bedachtnahme		346
c) Anhörung und Konsultierung		346

	d) Herstellung des Einvernehmens	346
	e) Der Vertrag	347
	f) Schaffung von Organen	347
	3. Exkurs: Die Pflicht zur wechselseitigen Hilfeleistung	348
IV.	Die Selbstverwaltung	348
	A. Allgemeines. Begriff	350
	B. Die Begriffsmerkmale	351
	1. Die Einrichtung als juristische Person öffentlichen Rechts, und zwar mit personellem Substrat	351
	2. Obligatorische Mitgliedschaft	352
	3. Mitbestimmung der Verbandsangehörigen, insbesondere Be- stellung der Organe aus ihrer Mitte	352
	4. Befehls- und Zwangsgewalt	354
	5. Relative Unabhängigkeit bei der Besorgung von „eigenen“ Angelegenheiten	354
	6. Finanzielle Selbständigkeit	355
	7. Zusammenfassung	355
	C. Die verfassungsgesetzlichen Grundlagen der Selbstverwaltung. Art 20 B-VG und die Selbstverwaltung	357
	D. Das Recht auf Selbstverwaltung	359
	E. Eigener und übertragener Wirkungsbereich	360
	F. Die Staatsaufsicht	362
	G. Die Funktionen der Selbstverwaltungskörper	363
	1. Die Gemeinden	364
	2. Die Kammern und die Österreichische Hochschülerschaft ..	364
	3. Die Sozialversicherungsträger	366
V.	Die Erfüllung hoheitlicher Verwaltungsaufgaben durch Private ...	367
	A. Unmittelbare und mittelbare Staatsverwaltung	367
	B. Hoheitliche Verwaltung durch Private; Allgemeines	368
	C. Verwaltung durch Beliehene; Beispiele	369
	1. Die Handhabung des Devisengesetzes durch die Oesterrei- chische Nationalbank	369
	2. Die Ausübung von Polizeibefugnissen durch Private	370
	3. Die Ausstellung öffentlicher Urkunden durch Private	372
	D. Verwaltung durch Inpflichtgenommene; Beispiele	372
	E. Begründung und Beendigung von Beleihung und Inpflichtnah- me; die Aufsicht	374
	F. Der Zweck der Einrichtung privater Verwaltungshelfer	374
VI.	Staatsform und Verwaltungsorganisation	374
	A. Allgemeines	375
	B. Die organisationsrechtliche Struktur der österreichischen Ver- waltung	376
	C. Demokratisierung der Verwaltung. Argumente und Gegenargu- mente	377
13. Kap:	Der Verwaltungsaufbau in Österreich	379
	I. Allgemeines	379
	A. Die Rechtsträger	381
	B. Bund und Länder als Rechtsträger	381
	1. Die Landesverwaltung	382
	2. Die Bundesverwaltung im allgemeinen	383
	3. Die mittelbare Bundesverwaltung im besonderen	384
	C. Die Einheit der staatlichen Vollziehung	386
	II. Die Dienststellen des Bundes	386
	A. Allgemeines	386
	B. Exkurs: Die Entscheidungsfreiheit der obersten Organe der Verwaltung	387

C. Der Bundespräsident	388
D. Die Bundesregierung	389
E. Die Bundesminister	389
1. Allgemeines	389
2. Die Kompetenzen der Bundesministerien auf Grund besonderer Regelungen	390
3. Kooperation und Koordination zwischen Bundesministerien	391
4. Die Bundesministerien im einzelnen	393
a) Bundeskanzleramt	393
b) BM für Auswärtige Angelegenheiten	393
c) BM für Bauten und Technik	394
d) BM für Finanzen	394
e) BM für Gesundheit und Umweltschutz	394
f) BM für Handel, Gewerbe und Industrie	395
g) BM für Inneres	395
h) BM für Justiz	395
i) BM für Landesverteidigung	396
j) BM für Land- und Forstwirtschaft	396
k) BM für soziale Verwaltung	396
l) BM für Unterricht, Kunst und Sport	396
m) BM für öffentliche Wirtschaft und Verkehr	397
n) BM für Wissenschaft und Forschung	397
o) BM für Familie, Jugend und Konsumentenschutz	397
5. Die innere Gliederung der Bundesministerien	397
III. Die Dienststellen der Länder	399
A. Allgemeines	399
B. Die Landesregierung. Kollegiale oder monokratische Organisation?	400
C. Die Kompetenzen der obersten Organe der Landesverwaltung	401
D. Das Amt der Landesregierung	402
E. Die Bezirkshauptmannschaften	403
F. Die Agrarbehörden im weiteren Sinn	405
1. Allgemeines	405
2. Die Agrarbehörden im engeren Sinn	405
3. Die Grundverkehrsbehörden	406
4. Andere Sonderbehörden	407
G. Der Behördenaufbau in Wien	407
IV. Die Dienststellen der Selbstverwaltung	410
A. Territoriale Selbstverwaltung (Gemeinde und Gemeindeverbände)	410
1. Begriff und Rechtsnatur der Gemeinde	410
2. Das Prinzip der Einheitsgemeinde. Die Stadt mit eigenem Statut	410
3. Rechtsgrundlagen der Gemeindegeldselbstverwaltung. Einrichtungsgarantie – Bestandsgarantie	411
4. Die Gemeindeorgane	413
5. Die Aufgaben der Gemeinde	415
6. Der eigene Wirkungsbereich	416
7. Änderungen des eigenen Wirkungsbereiches	419
8. Der übertragene Wirkungsbereich	420
9. Das Verordnungsrecht der Gemeinden	422
a) Das ortspolizeiliche Verordnungsrecht	423
b) Die Abgabenausschreibung	423
10. Die Gemeindeaufsicht	424
a) Allgemeines	424
b) Aufsichtsbehörden und Aufsichtsziele	424

c) Aufsichtsmittel; Allgemeines	425
d) Informationsrechte	425
e) Ersatzvornahme	425
f) Genehmigungsvorbehalt	426
g) Verordnungsprüfung	428
h) Bescheidprüfung; Allgemeines	429
i) Die Vorstellung	429
j) Die abstrakte Bescheidprüfung	431
k) Aufhebung (bzw. Sistierung) von Beschlüssen und sonstigen Maßnahmen der Gemeindeorgane	432
l) Die Auflösung des Gemeinderates	433
m) Die Rechtsstellung der Gemeinde gegenüber der Aufsichtsbehörde	433
11. Die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden; die Gemeindeverbände	434
B. Die wirtschaftliche Selbstverwaltung	436
1. Die Kammern der gewerblichen Wirtschaft	437
2. Die Kammern für Arbeiter und Angestellte	439
3. Die Landwirtschaftskammern	440
4. Die Landarbeiterkammern	441
C. Die berufliche Selbstverwaltung	442
D. Die soziale Selbstverwaltung	443
E. Die Österreichische Hochschülerschaft (ÖH)	445

IV. Teil: Die Verwaltungshandlungen

14. Kap: Rechtserhebliche Tatsachen	446
I. Die Zeit	447
A. Der Zeitpunkt	447
B. Der Zeitraum	448
C. Unbestimmte Zeitbegriffe	449
D. Die Bedeutung der Zeit im Verwaltungsrecht	450
II. Der Raum	452
A. Die Verwaltungssprengel	452
B. Die Bezeichnung von Örtlichkeiten	455
C. Raum- und Flächenmaße	456
III. Zahlen	456
15. Kap: Der Verwaltungsakt	457
I. Der Begriff „Verwaltungsakt“	459
A. Allgemeines	459
B. Ableitung und systematische Analyse des Verwaltungsaktsbegriffes	459
1. Verwaltungsorganhandeln	459
2. Hoheitlicher Charakter	460
3. Einseitigkeit	461
4. Außenrichtung bzw. Außenwirkung	461
5. Individualität	462
6. „Rechtsgestaltende“ (normative) Funktion bzw. Wirkung	464
C. Exkurs: Die Beurkundung	466
D. Typen des Verwaltungsaktes. Allgemeines	468
E. Der Bescheid	470
1. Allgemeines	470
2. Inhaltliche Merkmale	472
a) Individuell bestimmter Adressat	472
b) Verwaltungsbehörde als Urheber	472
c) Verwaltungsbehördliche Funktion	473

	d) Außenwirkung	474
	e) „Normativität“; „Willensäußerung“; „autoritatives Wollen“	474
	3. Die Rechtsform „Bescheid“	475
	4. Abgrenzungsprobleme; Randphänomene	478
	a) Die Verfahrensordnung	478
	b) Die Prüfungsentscheidungen	480
	c) Vollstreckbarkeitsbestätigung; Rückstandsausweis	482
	F. Der unmittelbare Befehls- und Zwangsakt	484
	1. Allgemeines	484
	2. Die einzelnen Merkmale eines Verwaltungsaktes am unmittelbaren Befehls- und Zwangsakt	486
	a) Zugehörigkeit zur Staatsfunktion Verwaltung	486
	b) Akt in Ausübung der Hoheitsgewalt	486
	c) Individualität („Einzelpersonsbezogenheit“)	487
	d) Selbständige „rechtsgestaltende“ („normative“) Wirkung	488
	3. Typisierung der Erscheinungsformen	488
	a) Ausübung von Befehlsgewalt	489
	b) Ausübung von Zwangsgewalt	489
	4. Der Rechtsschutz gegen unmittelbare Befehls- und Zwangsakte	490
	II. Einteilung der Verwaltungsakte, insbesondere der Bescheide	491
	A. Mitwirkungsbedürftige – nicht mitwirkungsbedürftige Verwaltungsakte	492
	B. Exkurs: Der verwaltungsrechtliche Vertrag	492
	1. Allgemeines	493
	2. Die verfassungsrechtliche Zulässigkeit; das Legalitätsprinzip	494
	3. Die verfassungsrechtliche Zulässigkeit; „Geschlossenheit des Rechtsquellensystems“?	497
	C. Begünstigende – Belastende Verwaltungsakte	500
	1. Die Erlaubnis (der Konsens, die Verleihung einer Konzession)	500
	2. Die Nachsicht (Dispens)	501
	3. Die Genehmigung (Zustimmung, „Approbation“)	501
	4. Das Gebot und das Verbot	501
	5. Die Strafe	501
	6. Die Widmung	502
	D. Die Einteilung der Bescheide nach ihrem Inhalt	502
	1. Allgemeines. Die traditionelle Unterscheidung zwischen „konstitutiven“ und „deklarativen“ Bescheiden	502
	2. Rechtsgestaltungsbescheide	504
	3. Leistungsbescheide	505
	4. Feststellungsbescheide	505
	E. Die Einteilung der unmittelbaren Befehls- und Zwangsakte nach ihrem Inhalt	509
	III. Nebenbestimmungen	509
	A. Allgemeines	509
	B. Die Wirkung fehlerhafter Nebenbestimmungen	511
	C. Die einzelnen Nebenbestimmungen	512
	1. Die Bedingung	512
	2. Die Auflage	512
	3. Die Befristung	514
	4. Der Vorbehalt des Widerrufs	514
	IV. Der fehlerhafte Bescheid	515
	A. Ursachen der Fehlerhaftigkeit	515

B.	Verschiedene Möglichkeiten der Rechtswidrigkeit	515
1.	Nach der Stufe der verletzten Norm	515
2.	Formmängel – Sachmängel	516
3.	Nach den Wirkungen des Fehlers	516
a)	Theoretische Grundlage	516
b)	Unbeachtliche Fehler	518
c)	Fehler, die durch Berichtigung des Bescheides behoben werden können	518
d)	Fehler, die zur Aufhebbarkeit (Vernichtbarkeit) des Bescheides führen	520
e)	Die positivrechtlich angeordnete Nichtigkeit	521
f)	Exkurs: Die Nichtigerklärung nach § 68 Abs 4 AVG	521
g)	Die absolute Nichtigkeit	524
V.	Die Fehlerhaftigkeit unmittelbarer Befehls- und Zwangsakte	528
VI.	Heilung der Fehlerhaftigkeit („Sanierung“)	530
VII.	Die Rechtswirkungen des Bescheides	531
A.	Allgemeines	531
B.	Die Verbindlichkeit	531
C.	Die Vollstreckbarkeit	533
D.	Die Tatbestandswirkung	533
E.	Die Rechtskraft	534
1.	Allgemeines	534
2.	Die formelle Rechtskraft („Unanfechtbarkeit“)	536
3.	Die materielle Rechtskraft („Unwiderrufbarkeit“ und „Unwiederholbarkeit“)	537
a)	Allgemeines	537
b)	Der Beginn der materiellen Rechtskraft	538
c)	Gegenstand und Umfang der materiellen Rechtskraft	538
d)	Die Res judicata-Wirkung („Unwiederholbarkeit“)	539
e)	Die Wirkung von Neuerungen	541
4.	Die Durchbrechung der Rechtskraft	542
a)	Allgemeines	542
b)	§ 68 Abs 2 AVG	544
c)	§ 68 Abs 3 AVG	545
d)	§ 68 Abs 4 AVG	547
e)	Gemeinsame Rechtsfragen bezüglich der Handhabung des § 68 Abs 2, 3 und 4 AVG	549
5.	Befugnisse zur Zurücknahme oder Einschränkung einer Berechtigung	551
6.	Weitere Abschwächungen des Prinzips der Rechtskraft	552
16. Kap:	Das Verwaltungsverfahren	553
I.	Grundbegriffe und Rechtsquellen	554
II.	Der Geltungsbereich	556
III.	Grundsätze des Verwaltungsverfahrensrechts	559
A.	Die Offizialmaxime	559
B.	Der Grundsatz der Erforschung der materiellen Wahrheit	560
C.	Der Grundsatz der freien Beweiswürdigung	560
D.	Der Grundsatz der raschen Entscheidung	561
E.	Der Grundsatz der Wahrung des Parteihörs	562
F.	Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	563
G.	Unmittelbarkeit und Mündlichkeit	566
IV.	Die Verwaltungsvollstreckung im besonderen	566
A.	Allgemeines	566
B.	Die Vollstreckungsbehörden	568
C.	Die Zuständigkeit der Gerichte zur Vollstreckung von Bescheiden	568
D.	Vollstreckungsmittel und Rechtsschutz	569

V. Teil: Polizei

17. Kap: Grundlagen und Aufgaben der Polizei	570
I. Entwicklung und Problematik des Polizeibegriffs	571
A. Allgemeines	571
B. Historische Entwicklung des materiellen Polizeibegriffs	571
C. Ist ein eigener Polizeibegriff noch berechtigt?	574
D. Verbleibende Besonderheiten der Polizei	577
II. Die Einteilung der Polizei	579
A. Sicherheitspolizei – Verwaltungspolizei	579
B. Gerichtliche Polizei – administrative Polizei	583
C. Ortspolizei – „staatliche“ Polizei	583
III. Polizei im organisatorischen Sinn. Die Polizeibehörden	584
A. Allgemeines	584
B. Die Ortspolizeibehörden	584
C. Staatliche Polizeibehörden	585
IV. Polizei im Sinne von Exekutivorganen	586
A. Allgemeines	586
B. Kompetenzen zu selbständigem hoheitlichen Einschreiten	587
C. Die Arten der Exekutivorgane	589
D. Die Wachkörper	590
E. Die verschiedenen Exekutivorgane in Österreich	591
1. Die Bundesgendarmerie	591
2. Die Bundessicherheitswache	592
3. Die Kriminalbeamtenkorps	592
4. Die Gemeindevachkörper	593
5. Sonstige Wachkörper des Bundes	593
6. Exekutivorgane auf einzelnen Gebieten der Verwaltungspolizei	594
F. Der Waffengebrauch der Exekutivorgane	594
18. Kap: Die Polizeiverwaltungsakte	595
I. Polizeiliche Handlungsermächtigungen	596
A. Allgemeines	596
B. Einzelermächtigungen zu polizeilichem Handeln	598
C. Die Verordnungsermächtigungen im Bereich der Polizei	599
1. Die Verordnungsermächtigung für die Behörden der allgemeinen Sicherheitspolizei	599
2. Die Verordnungsermächtigung im Bereich der Ortspolizei ..	601
II. Besonderheiten der Polizeiverwaltungsakte	603
A. Die „Polizeiverordnungen“	603
B. Die individuellen Polizeiverwaltungsakte	603
1. Polizeiverwaltungsakte als Bescheide	603
2. Polizeiverwaltungsakte in Ausübung unmittelbarer behördlicher Befehls- und Zwangsgewalt	604
3. Die Rechtsgrundlagen unmittelbarer polizeilicher Befehls- und Zwangsakte	605
4. Rechtsschutzmöglichkeiten gegen unmittelbare Befehls- und Zwangsakte der Polizei	607
III. Exkurs: Das Verwaltungsstrafrecht	609
A. Allgemeines	611
B. Das Strafverfahren nach dem VStG	612
1. Die Voraussetzungen der Strafbarkeit	612
2. Die Strafmittel	613
3. Parteien	613
4. Die Zuständigkeit	614
5. Die Konkurrenz strafbarer Handlungen	614

6. Die Verjährung	615
7. Das ordentliche Verwaltungsstrafverfahren erster Instanz (Ermittlungsverfahren)	616
8. Das abgekürzte Verfahren	617
9. Der Rechtsschutz	619
 VI. Teil: Das öffentliche Vermögensrecht	
19. Kap: Die öffentlichen Sachen	621
I. Sachen im Verwaltungsrecht; Allgemeines	621
II. Begriff und Einteilung der öffentlichen Sachen	622
A. Das Finanzvermögen	622
B. Das Verwaltungsvermögen	623
C. Das öffentliche Gut	623
III. Der Gemeingebrauch	624
A. Begriff; Begründung und Aufhebung	624
B. Inhalt und Umfang des Gemeingebrauchs	626
C. Ist der Gemeingebrauch ein subjektives Recht?	627
IV. Sondernutzungen	630
20. Kap: Verwaltungsrechtliche Eingriffe in das Eigentum	632
I. Allgemeines	634
II. Enteignung und Eigentumsbeschränkung	634
A. Die Lehre	634
B. Die Rechtsprechung	637
III. Eigentumsbeschränkungen	639
A. Der Vorbehalt einer besonderen verwaltungsbehördlichen Erlaubnis	639
B. Die Pflichten zur Duldung oder Unterlassung	639
C. Bestimmte Arten der Gebrauchnahme	640
D. Die Widmung	640
IV. Die Enteignung	641
A. Die Rechtsgrundlagen	641
B. Der verfassungsrechtliche Eigentumsschutz	642
1. Wovor schützt Art 5 StGG?	642
2. Subjekte und Objekte des verfassungsrechtlichen Eigentumsschutzes	642
3. Die Notwendigkeit einer gesetzlichen Ermächtigung zur Enteignung	644
4. Das öffentliche Interesse	644
5. Die Entschädigungspflicht	645
C. Schutz gegen Eingriffe der Verwaltung in das Eigentum	646
21. Kap: Die verwaltungsrechtlichen Schuldverhältnisse	647
I. Allgemeines	648
II. Finanzielle Ansprüche öffentlichrechtlicher Natur	649
III. Das Schuldverhältnis im Finanz- und Abgabenrecht	650
A. Allgemeines	650
B. Begriff und Arten der Abgaben	652
1. Allgemeines	652
2. Gebühren	654
3. Beiträge	658
IV. Das sozialversicherungsrechtliche Schuldverhältnis	659
V. Andere Geldleistungen	660
VI. Andere verwaltungsrechtliche Leistungspflichten	660
a) Überlassungs- und Leistungspflichten	660
b) Die Invalideneinstellungspflicht	661
VII. Besonderheiten des verwaltungsrechtlichen Schuldverhältnisses	661

VIII. Sind zivilrechtliche Grundsätze auf das verwaltungsrechtliche Schuldverhältnis anwendbar?	662
VII. Teil: Kontrolle und Rechtsschutz in der Verwaltung	
22. Kap: Allgemeines	664
I. Der Zweck von Kontrolle und Rechtsschutz im allgemeinen	665
II. Die Kontrolle der Verwaltung im besonderen	666
III. Arten der Verwaltungskontrolle	667
A. Nach der Richtung der Kontrolle	667
B. Nach den Organen und Instrumenten der Kontrolle	668
1. Die verwaltungsimmanente (interne) Kontrolle	668
2. Die verwaltungstranszendente (externe) Kontrolle	669
a) Die politische Kontrolle	669
b) Die finanzielle Kontrolle	670
c) Die rechtliche Kontrolle	672
C. Nach den Objekten der Kontrolle	672
D. Nach dem Zeitpunkt der Wirksamkeit	673
E. Die Kontrolle durch die Volksanwaltschaft	673
1. Allgemeines	673
2. Die Kompetenzen	674
3. Kontrollmaßstab und Legitimation zur Anrufung	675
4. Mittel der Prüfung und Maßnahmen der Volksanwaltschaft	676
IV. Rechtssicherung und Verwaltungskontrolle aus der Stellung der Verwaltungsorgane	677
A. Die dienstrechtliche (diszipliniäre) Verantwortlichkeit	677
B. Die strafrechtliche Verantwortlichkeit	678
C. Die zivilrechtliche Verantwortlichkeit	679
1. Amtshaftung	679
2. Rückersatz des Schadens (Regreß)	683
3. Die Organhaftpflicht	683
D. Die besondere Verantwortlichkeit höchster Verwaltungsorgane	685
V. Verwaltungskontrolle in der Privatwirtschaftsverwaltung	686
23. Kap: Der Verwaltungsrechtszug	687
I. Allgemeines	687
II. Die ordentlichen Rechtsmittel	688
A. Die Berufung	689
1. Allgemeines	689
2. Berufungsrecht und Instanzenzug	690
a) Die Zulässigkeit der Berufung	690
b) Die Legitimation zur Berufung	691
c) Der Instanzenzug	692
3. Die Einbringung der Berufung	695
a) Die Berufungsfrist	695
b) Der Inhalt der Berufung	695
c) Die Form der Berufung	696
d) Die Einbringungsbehörde	697
4. Der Berufungsverzicht (Die Zurücknahme der Berufung)	697
5. Die Wirkung der Berufung auf den angefochtenen Bescheid; die aufschiebende Wirkung	698
6. Die Berufungsentscheidung	700
a) Die Zurückweisung	701
b) Die Aufhebung und Zurückverweisung	702
c) Die Entscheidung in der Sache	704
d) Inhalt und Form der Berufungsentscheidung	705
B. Die Vorstellung	706

1. Das Mandatsverfahren	707
2. Die Vorstellung als Rechtsmittel gegen das Mandat	708
C. Der Einspruch	709
III. Die außerordentlichen Rechtsmittel	711
A. Die Wiederaufnahme des Verfahrens	711
1. Allgemeines	712
2. Die Wiederaufnahmegründe	713
a) Der Wiederaufnahmegrund der strafbaren Handlung oder der Bescheiderschleichung	713
b) Der Wiederaufnahmegrund der Neuerungen	714
c) Der Wiederaufnahmegrund der abweichenden Vorfra- genbeurteilung	716
3. Die Wiederaufnahme auf Antrag	717
4. Die Wiederaufnahme von Amts wegen	719
5. Verfahren und Wirkung der Wiederaufnahme	719
B. Die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	721
1. Die Wiedereinsetzungsfälle	722
2. Die Wiedereinsetzungsgründe	723
3. Das Verfahren und die Entscheidung über den Wiedereinset- zungsantrag	725
C. Die Geltendmachung der Entscheidungspflicht („Devolution“)	727
1. Die Entscheidungspflicht	727
2. Die Devolution	730
24. Kap: Die Verwaltungsgerichtsbarkeit	732
I. Allgemeines	735
A. Bedeutung und Begriff der Verwaltungsgerichtsbarkeit	735
B. Organisationsformen	737
C. Funktionelle Möglichkeiten der Verwaltungsgerichtsbarkeit ...	738
II. Der Verwaltungsgerichtshof	739
A. Rechtsgrundlagen; allgemeine Charakteristik	739
B. Die Kompetenzen des VwGH	739
1. Die Bescheidbeschwerde	740
2. Die Maßnahmebeschwerde	742
3. Die Säumnisbeschwerde	742
4. Die Weisungsbeschwerde	743
C. Das Verfahren vor dem VwGH	743
1. Die Einleitung des Verfahrens	743
2. Die Prozeßvoraussetzungen	744
3. Das Vorverfahren	744
4. Der Abschluß des Verfahrens („Erledigungsweisen“)	745
a) Zurückweisung	745
b) Einstellung des Verfahrens	745
c) Entscheidung in der Sache	746
aa) Bescheidbeschwerde	746
bb) Maßnahmebeschwerde	747
cc) Säumnisbeschwerde	747
dd) Weisungsbeschwerde	747
5. Die Wirkung des Erkenntnisses	748
III. Der VfGH als Sonderverwaltungsgericht	748
Sachverzeichnis	751